

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Star für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
In Dresden und anderen bei täglich zweimaliger Entsendung über den Post-
amtlichen Briefkasten monatlich 11,- M., vierteljährlich 27,- M.
Die einmalige 37 mal breite Seite 5,- M., fünfmalige 25 mal breite Seite
12,- M., dreimalige 25 mal breite Seite 10,- M., viermalige 25 mal breite Seite
11,- M., zweimalige 25 mal breite Seite 9,- M., einmalige 25 mal breite Seite
7,- M. Zusätzliche Aufträge gegen Barzahlung. Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenstellen:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Henschel & Wiedemann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Koettig, Dresden=U. Prager Straße 23

Die Neugestaltung des Heeres im Reichstag.

Gegner gegen die Höhe von der moralischen Abrüstung.

Donnerde Reichstagsfähigkeit des Hauses.
Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung:
Berlin, 10. März. Im Reichstage wurde heute der Gegenstand zur Verhandlung der Vorlage gegen die Kapitalflucht ohne Ausprägung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach dem Auslande dürfen nur Beträge von höchstens 20 000 Mark mitgenommen werden. Die Vorlage hat bis zum 21. Dezember 1922 Geltung. — Darauf wurde

die zweite Lesung des Braumweinmonopolgesetzes fortgesetzt. Nach § 42 wurde folgender Kompromißantrag angenommen:

Landwirtschaftliche Versuchsanstalten, die alle Brenn-
geräte während des Krieges für Heereszwecke abgeliefert
haben, können, solange sie ihre Brennereien nicht betriebs-
fähig hergerichtet haben, den Brennereibetrieb auf einer
anderen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in einer
Entfernung von nicht mehr als 15 Kilometern mit der Erlau-
bung ausüben, daß der Braumwein als in der eigenen
Brennerei hergestellt gilt.

Beschlossen wurde weiter, daß der Reichsfinanzminister
für eine Zeitdauer bis zu fünf Jahren nach dem Inkraft-
treten dieses Gesetzes auch andere als die im Gesetz fest-
gesetzten, bisher abgekauften Brennereien zur Abfindung
weiter zulassen kann.

Nach § 118 sind aus der Monopoleinnahme jährlich
30 Millionen Mark zur Bekämpfung der Tuberkulose, der
Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten zur Verfügung zu
stellen,

ferner 12 Millionen Mark zur wissenschaftlichen Er-
forschung und Förderung des Kartoffelbaues und der Kar-
toffelzucht,

ferner 16 Millionen Mark zur Ermöglichung der Kosten
der weingewerblichen Weinstämme für die minderbemittelten
Weinbauern bis zum 31. September 1923,

4 Millionen Mark zur Bildung eines Unterstützungsfonds
für Angehörige und Arbeiter des Brennereiwesens und

schließlich bis zu 30 Millionen Mark zur Verbindung
des öffentlichen Verkehrs und in Vorrichtungsanlagen ver-
wendeten Braumweins. Als zur Abfindung über ver-
schiedene eingegangene Anträge beschlossen werden sollte,
ergab sich die Reichstagsfähigkeit des Hauses, so daß die
Sitzung zunächst für kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

In der neuen Sitzung wurden sämtliche Anträge zum
§ 118 abgelehnt. Die Ausdehnung wurde aufrecht-
erhalten. § 120 erhielt nach einem Antrag Müller-
Franken (Soz.), v. Gunderad (Zentr.), Schiele (D.N.),
Beder-Hellen (D. Ep.), Ertelens (Dem.) folgende
Fassung:

Braumwein jeder Art, dessen Verkauf oder Erwerb von
dem Käufer oder dem Anhaber nicht nachgewiesen werden
kann, Braumwein- und Braumweinerzeugnisse, die im
Handel nicht vorchriftsmäßig verpackt oder bezeichnet an-
getroffen werden, sowie Traubensaft, die den Vor-
schriften hinsichtlich des Weingeistgehalts nicht entsprechen,
unterliegen der Einziehung.

Bei einer weiteren Abstimmung ergab sich wiederum
Reichstagsfähigkeit des Hauses, so daß wieder eine neue
Sitzung einberufen werden mußte, auf deren Tagesordnung
der **Gesetzplan des Reichswehrministeriums**
gestellt wurde. Die zweite Lesung der Braumweinmonopol-
vorlage war damit unterbrochen.

In der dritten Sitzung verhielt sich zunächst Abg. Stülken
(Soz.) über die Ausschussverhandlungen. Es wurden dabei
in erster Linie Versorgungs- und Ausbildungsfragen erörtert.
Der Ausschuss fordert in einer Entschliessung, daß An-
gehörige der früheren Wehrmacht, insbesondere Krieges-
gefangene, auch jetzt noch die Möglichkeit haben sollen, das
Eiserne Kreuz zu erhalten.

Reichswehrminister Dr. Gehler:

Der vorliegende Etat hat seine besondere Bedeutung
darin, daß in ihm zum ersten Male die Neuorganisa-
tion von Heer und Marine nach den Bestimmungen
des Friedensvertrages voll zum Ausdruck kommt. Auf
Grund des Ultimatus ist nun auch die ganze Heeresver-
waltung von der Militärverwaltung aufgebaut worden.
Darin steht eine ganz gewaltige Arbeit, die auch
von den verschiedenen Seiten anerkannt worden ist. Man
muß jetzt aber auch endlich an den energischen Abbau der
feindlichen Kontrollkommissionen denken, die uns so un-
gehörene Lasten auferlegen. Die Vorwürfe in der Presse
unserer ehemaligen Gegner, als ob wir durch ein
sogenanntes Krümpersystem

die Ruhe der Welt gefährdeten, können hier mit aller Ruhe
zurückgewiesen werden. Vor dem Kriege hätte man viel-
leicht an etwas Derartiges denken können. Nach den Er-
gebnissen des Weltkrieges aber ist mit den Mitteln Schanz-
forts ein Neuaufbau nicht mehr zu führen. Mit wenigen
hunderttausend Mann, die etwa in einer Heimlichkeit aus-
gerüstet werden, können wir nicht erreichen, die wären nur
feindliches Kanonenschießen.

Die moralische Abrüstung.

von der immer gesprochen wird, wird allerdings auf dem
Wege, den die Entente uns gegenüber einschlägt, nicht ge-
lingen. Wenn andere Völker bis an die Zähne bewaffnet
dastehen und wenn wir als 60-Millionen-Volk bedrückt
müssen, daß uns jeden Augenblick die Faust an die Kehle
gelegt werden kann, so ist das nicht der Weg, der zur mora-
lischen Abrüstung führt. Wir erwarten unser Teil nur
von dem Siege des Rechtes.

Einige Worte noch über den
inneren Aufbau des Heeres.

Es wird darauf hingewiesen, die Kosten der Reichs-
wehr seien höher als die unseres Heeres vor dem Kriege.
Wir müssen da bedenken, daß das, was im Etat steht,
Papier in der Hand, in Geldwert geben wir viel weniger
aus als vor dem Kriege. Abgesehen von dieser finanziellen
Bemerkung muß ich darauf aufmerksam machen, daß jetzt
erst das Volkseheer sich ausbildet. Natürlich muß eine
Waffe nach jeder Richtung hin ausgebildet werden. In
diesen Tagen ist eine Bestimmung unserer Militärver-
waltung angegriffen worden. In dieser Bestimmung ist
nur zum Ausdruck gekommen, was der Reichstag wünscht,
daß die Artillerie nicht zu Paradezwecken aus-
gebildet wird, sondern für ihren wirklichen Zweck. Daß
sie für einen Abwehrkrieg ausgebildet werden soll, davon
ist gar keine Rede.

Die militärische Ausbildung der Truppen

hat im vorigen Jahre gute Fortschritte gemacht, aber ein
schweres Stück Arbeit liegt noch vor uns. Über ein Viertel
des jungen Offizierskorps hat überhaupt noch keine Friedens-
ausbildung genossen. Ich vermute mit viel davon, daß die
Truppen sehr wieder in ihren Garnisonen liegen, und daß
ich jetzt der Entlassung der älteren Offiziere geizig mache.
Ich habe im Anschluß die Frage, ob das Heer seine ver-
sicherungsmäßige Pflicht tun wird, rundweg bejaht. (Dort!
Dort! bei den Kommunisten.) Ich sage das nicht ohne
Grund. Das Heer hat, solange ich im Amt bin, nicht den
geringsten Verlust gemacht, sich in die Politik, namentlich
in die auswärtige Politik der Regierung einzumischen. Das
ist doch der Gegensatz zwischen dem Wehrkorps, die ich bei
jeder Gelegenheit einmischen und der Regierung Schwierig-
keiten machen. Für die Führer glaube ich jede Garantie
abrechnen zu können. Zwischenfälle beklagt niemand
mehr als ich. In allen schweren Fällen habe ich die Ver-
antwortung der betreffenden Herren vorgenommen. Für

Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann

erhoffe ich mir viel von dem gemeinsamen Sport. Nach den
neuen Vorschriften muß jeder Offizier mindestens zwei
Jahre bei der Truppe aushalten haben, er auf die
Offizierschule kommt. Der staatsbürgerliche Unterricht im
Heere ist nicht nur eine Fortbildung, sondern er soll der
Mannschaft die stilles Grundgesetz geben. Er soll in sich
sittlich geachtete Männer erziehen. Ich halte es
für gerechtfertigt, hervorzuheben, welche schweren Sorgen
auf den Angehörigen des Heeres lasten. Namentlich die
Wohnungsfrage war außerordentlich drückend für die ver-
heirateten Unteroffiziere und Offiziere. Wir brauchen, daß
die Mittel zum Wohnungsbau für die Verheirateten er-
höht werden sind. Die Verhandlungen der Heeres-
und Marinekammern sind mit der allergrößten Sachlichkeit ge-
führt worden.

Das Eiserne Kreuz

ist eine preussische Auszeichnung, und über keine Verleihung
hat die preussische Regierung zu bestimmen. Ich habe es
als Pflicht betrachtet, allen ehemaligen Heeresangehörigen
diese Auszeichnung zu verschaffen, wenn sie sie verdient
haben. Die ich jedoch nur verliehen werden, wenn sie vor
dem Feinde verdient worden ist. In der Marine ist die
Notwendigkeit, nur eine geringe Anzahl von Schiffen zu
halten, für die Ausbildung und Unterbringung des tech-
nischen Personals mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Sie
werden aber hoffentlich bald beseitigt werden können. Trotz
dieser Schwierigkeiten haben unsere Kreuzer schon Gelegen-
heit gehabt, im Atlantischen Ozean ein Liebeswerk
für die eingezogenen Schiffe zu vollbringen.
Mannschaften und Offiziere haben sich dabei mit dem größten
Ehrgeiz betragen. Die Kreuzer, die dort als Eisbrecher
dienen mußten, sind dabei natürlich beschädigt worden. Aber
dieser Schaden ist klein im Verhältnis zu dem Schaden, der
im Verlauf der eingetragenen Handelskriege entstanden wäre.
Zum Schluß gebe ich dem Haupte Ausdruck, daß unserem
Heere eine ruhige stille Entwicklung beschieden sei,
daß die Erziehungsarbeit, die das Heer nach unserer Ver-
fassung leisten soll, nicht unterbrochen wird, daß dadurch eine
feste Brücke zwischen Volk und Heer geschaffen wird und
daß, wenn wir auch eine allgemeine Wehrpflicht nicht mehr
haben, sich zwischen Heer und Volk eine Verbindung an-
knüpft, die uns die allgemeine Wehrpflicht er-
setzt. (Beifall.) — Das Haus vertagt sich darauf auf
Dienstag.

Ablehnung des Ersuchens Kapps.

Leipzig, 10. März. Der mit der Appropriaateneigenschaft
belegte Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat, wie die
„Sächs. Korrespondenz“ an zuständiger Stelle erfährt, ent-
sprechend dem Antrag des Oberreichsanwalts, das Er-
suchen Kapps um Verhinderung mit der Unterbindung
haft und um freies Geleit abgelehnt. Kapp, gegen den be-
kanntlich das Verbot noch in Kraft steht, nimmt das
Recht zu, Besondere sein 1. Strafverfahren des Reichsgerichtes
einzulegen. Ueber die Gründe, die zur Ablehnung des Er-
suches geführt haben, verlautet noch nichts.

Pöbelherrschaft in Südafrik-

Johannesburg, 10. März. (Mentor.) Im Süden und
westlichen Industriegebiet hat der Pöbel die Oberhand
genommen. Der Verkauf von Kapstadt ist bei Germiston
zur Eingekerkelung gebracht worden. Personen sind nicht ver-
letzt. In Durban hat der örtliche Gewerkschaftsverband
den Generalstreik für heute abend ausgerufen. (W. T. N.)

Kapstadt, 10. März. An einer Rede erklärte General
Smuts, das Land befände sich einer Lage gegenüber, die
zu den ernstesten gehört, die je in Südafrika eingetreten
seien.

Amerikas Abfrage.

Amerikas Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz
von Genoa kommt für niemanden überraschend. Un-
abhängig war im Verlaufe der letzten Wochen in der Presse
die Stellung der Vereinigten Staaten zum englisch-französi-
schen Plane einer europäischen Wirtschaftskonferenz erörtert
worden, und was sich aus dem Für und Wider immer deut-
licher herausstellte, das war das, was nun eingetreten ist:
die amerikanische Abfrage. Die Gründe, von denen sich die
Regierung Harding bewegen ließ, sich auch diesmal dem
europäischen Schicksal fernzuhalten, gehen nur zum Teil
aus der Antwortnote des Washingtoner Kabinetts an die
italienische Regierung hervor. Am erscheinendsten und am
vorzüglichsten dürfte sie der angelegene amerikanische Publizist
Frank S. Simonds in den „Times“ wiedergegeben haben,
noch ehe die offizielle Abfrage Washingtons erfolgt war.
Simonds verweist vor allen Dingen auf die völlige Ueber-
zeugung Amerikas bei der Festlegung der Konferenz über-
haupt. Man habe in Amerika mit Ueberraschung die Kon-
ferenzpläne Bonomis und Mond Georges in den Blättern
gelesen, ohne von irgendeiner alliierten Seite her vorher
darauf informiert worden zu sein. Ganz sicher liegt hierin
ein erster oberflächlicher Anlaß zur Mißstimmung Amerikas
gegenüber der Konferenz. Allerdings hätte dieser Grund
allein kaum eine Abfrage Harding herbeigeführt, wenn nicht
wirklich vortreffliche Demunisse für eine amerikanische Teil-
nahme an der Genueser Zusammenkunft vorhanden gewesen
wären. Diese lagen zunächst darin, daß Amerika zur Fest-
legung des Konferenztermins nicht mit herangezogen wor-
den war. An einer Konferenz im März, wie sie ursprüng-
lich geplant war, konnte eine Vertretung der Washingtoner
Regierung nicht teilnehmen, da das sehr leicht zu inner-
politischen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten hätte
führen können. Man muß sich vergegenwärtigen, daß gerade
jetzt im Senat die äuserst wichtigen und entscheidungsvollen
Verhandlungen über die Ratifizierung der Washingtoner
Verträge vor sich gehen, von deren Erfolg ein guter Teil
des Ansehens, ja vielleicht der Existenz des Kabinetts Har-
ding abhängt. Der amerikanische Präsident hat die Sena-
toren unlängst mit Beschwerden und Drohungen davon
zu überzeugen versucht, daß sie die sieben Verträge der Ab-
rüstungskonferenz unbedingt ratifizieren müßten, da deren
Ablehnung durch den amerikanischen Senat eine Ratifizie-
rung unmöglich und die ganze Konferenz damit wertlos
mache. Er soll sogar gedroht haben, mit Quibus zurückzu-
treten, wenn man im Senat ein der Abkommen ablehne.
Trotz alledem ist die Opposition unter der Führung der
Senaatoren Vorah und Lodge so stark geblieben, daß die not-
wendige Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Ab-
kommen möglicherweise nicht erreicht wird. Zweifellos hat
deshalb diese Gefahr vorausgesehen und hat für die Tage
dieser bedeutenden Entscheidung eine Zerpfählung seiner
Kräfte, wie sie die gleichzeitig vor sich gehende Weltwirt-
schaftskonferenz bedingt hätte, vermeiden wollen.

Den Ausschlag für die amerikanische Ablehnung hat aber
ganz entschieden die völlig einseitige Anprägung des ur-
sprünglichen Konferenzgedankens gegeben. Eine Weltwirt-
schaftskonferenz sollte in Genoa stattfinden, die die Kran-
kheiten des allgemeinen Wirtschaftslebens befeitigte. Den
Teilnehmern vorzuziehen aber ist es gelungen, eine vornehmend
politische Konferenz daraus zu machen. Die Grundidee der
wirtschaftlichen Berührung, die deutschen Reparationsleistun-
gen und die Friedensverträge, sind nach der englisch-fran-
zösischen Vereinbarung aus dem Genueser Programm aus-
gemerzt worden. Wie ohne deren Erörterung ein heiliger
Ausweg aus den Mißständen der Inflation und des Welt-
kredits gefunden werden kann, dieser ein Wechselsatz der
europäischen Siegerstaaten, dessen Märkte sie der Welt
schuldig bleiben werden; ja, es ist überhaupt ein Mittel, was
mit einer Konferenz, die auf Grund eines von vornherein
in unmöglicher Weise beschriebenen Programms unter Aus-
schaltung der wichtigsten Weltmacht verhandelt wird, er-
reicht oder geleistet werden soll.

Nach Amerikas Abfrage ist Genoa endgültig zur Erfül-
lung verurteilt, und alle Vorbereitungen, die unter diesen
Umständen noch getroffen werden, erübrigen sich eigentlich
von selbst. Je schneller diese Einigkeit in Paris und London
zum Durchbruch kommt, desto besser für die wirtschaftliche
Notlage Europas und der Welt, um so eher kann auch an
die Vorbereitung einer weltlichen Konferenz aller
wirtschaftlich kranken Länder herangegangen werden. Und
daß eine solche in absehbarer Zeit bereits erfolgen muß,
darauf braucht kaum ein Wort verloren zu werden. Nach-
dem sich selbst in den wirtschaftlich am besten indizierten
Siegerländern immer mehr Erbitterungen geltend, die dar-
auf hinweisen, daß auch diese Länder unter dem Druck einer
allgemeinen Weltwirtschaftskrise leiden. Die Arbeitslosigkeit
in England und Amerika nimmt mit der Zeit eine Aus-
dehnung an, wie sie niemals, auch nach dem Kriege nicht,
vorhanden gewesen ist. Dazu kommt die sich immer ver-
stärkende Abkühlung. Mittel- und Ostasien sind
gänzlich launisch geworden, so daß ganz ausgedehnte
amerikanische und englische Industriewerke ihre Produktion
einstellen müßten. Man schreibt aus Südamerika, daß
große Schafzüchter ihre Herden abblähen, weil sie für
die Wolle keine Abnehmer mehr finden und aus diesem
Grunde nicht einmal die geliebten Mittel zum Scheren der
Schafe anbringen können.

Diesem allgemeinen wirtschaftlichen Verfall kann nur
Einigkeit geboten werden, wenn endlich allenthalben in den

Reform des Nachrichtenwesens für den Außenhandel.

Der Nachrichtendienst für den Außenhandel ist zerstückelt und trotz aller Bemühungen amtlischer und privater Kreise recht lückenhaft. Er entspricht einmal der sicheren Grundlage, die eine schnelle und zuverlässige Ausfuhrunterstützung ermöglicht, wie es im Interesse unseres Außenhandels verlangt werden muß; dann ist er auch nicht so aufgeschlossen, daß diese Kreise sich seiner als eines gut arbeitenden Organs zur Aufnahme von Berichten, Mitteilungen und Anregungen über den Außenhandel bedienen können.

Reichstagsbeschlüsse im Januar. Die Reichstagsbeschlüsse an Reichstagsmitgliedern für Geschäftsverträge und für Wertpapiere betrug im Monat Januar 1922 insgesamt 275 727 825 M., seit 1. April 1921 1 080 067 900 M., gegen nur 737 409 102 M. in den gleichen zehn Monaten des Vorjahres.

Dresdner Produktionsbörsen vom 10. März. Amtliche Notierungen. Weizen 655-665, matt. Roggen 400-400, matt. Sommergerste 405-410, ruhig. Hafer 475-480, fest. Mais 750-750, fest.

Aktiengesellschaft vorm. Seidel & Nanmann in Dresden. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der demnächst einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung die Verteilung der Dividende von 25 % gegen 20 % im Vorjahr, sowie die Erhöhung des Stammkapitals von 20 auf 30 Millionen Mark und des Vorzugsaktienkapitals von 1 auf 2 Millionen Mark vorzuschlagen.

Adler-Compagnie, Cigarettenfabrik, Aktiengesellschaft in Dresden. Im vergangenen Jahre hat nach dem Geschäftsergebnis der Aufsichtsrat in großer Mehrheit beschlossen, die Dividende der Gesellschaft zu erhöhen.

Sachsenwerk, Holz- und Kraft-Aktiengesellschaft in Dresden. Nach dem im Angelegenheit veröffentlichten Zulassungsprotokoll ist die Gesellschaft gegenwärtig fast ausschließlich in der Ausführung der letzten Monate faun als ergebnislos bezeichnet werden.

Welche Volkshilfe Vorkaufsfabrik Aktiengesellschaft, Volkshilfe i. d. B. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 11. April einzuberufenden Hauptversammlung nach reichlichen Mitteilungen die Verteilung einer Dividende von 7 % auf die Vorkaufsfabrik und von 24 % auf das erhöhte Stammkapital (i. H. 18 %) vorzuschlagen.

Waldhütte Aktiengesellschaft in Waldhütte. Der Aufsichtsrat schlägt 8 % (4 %) Dividende vor. Der Geschäftsgang ist gegenwärtig zufriedenstellend.

Wannemännchen-Werke, Dillbeisel. In der letzten Aufsichtsratsitzung wurden folgende grundsätzliche Geschäfte genehmigt: Die Aktionäre der Bergwerks-Gesellschaft i. G. m. b. H. sollen die Aktien ihrer Aktien in Folge der Wannemännchen-Werke vorgekauft werden.

Waldhütte Aktiengesellschaft vorm. Schuler & Co., Nürnberg. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte die Dividende mit 16 1/2 %. Die regelmäßig aus dem Aufsichtsrat auscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt und neu Direktor Weill (Zürich) ernannt.

Vorkaufsfabrik Aktiengesellschaft, Oberkochen. Mit einem Verlust von 1 915 915 M. (i. H. 13 080 682 M. Heberschulds) schließt das zweite Geschäftsjahr des Unternehmens als Aktiengesellschaft. Dabei ermöglicht sich der Gewinnverortrag des Vorjahres von 2 720 278 M. auf 804 260 M.

Erhöhung der Vorkaufsfabrik im Auslandsverkehr. Die an der Vorkaufsfabrik der deutschen Marktführer ist die Vorkaufsfabrik, bei der Geschäftsergebnis im Auslandsverkehr und Telegrammverkehr hat seit dem 1. März auf 44 M. für den Goldtransporten folgende Vorkaufsfabrikverhältnisse mit Wirkung vom 10. März auf 30 M. zu erhöhen.

Deutscher-Amerikanischer Handel. Nach Mitteilungen aus Washington wurden im Monat Januar Waren im Werte von 2 600 000 Dollar nach Deutschland exportiert, das entspricht einer Abnahme um 25 133 000 Dollar, aus Deutschland kamen Waren im Werte von 2 200 000 Dollar an, das sind 2 500 000 Dollar mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Eröffnung der Deutschen Gewerkschaften. Die Hauptversammlung für Deutsche Gewerkschaften in Berlin tritt mit:

Als Zeitpunkt für die Eröffnung der Deutschen Gewerkschaften München 1922 ist der 13. Mai bestimmt worden. Für die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, der vom 5. bis 8. Mai seine Jahresversammlung in München abhält, wird vorabsehlich am 8. Mai, ein Rundgang durch die Ausstellung veranstaltet, um den aus allen Teilen Deutschlands einreisenden Pressevertretern ein Bild von dem zu geben, was die große Schau deutscher Arbeit und Leistungsfähigkeit bieten wird.

Zweite Internationale Landwirtschafts- und Industrie-Ausstellung Wiga 1922. Der außerordentliche Erfolg der vorjährigen Ausstellung, sowie deren günstige Beurteilung seitens der Aussteller und der in- und ausländischen Presse gibt der Aktiengesellschaft 'Wigade' in Wiga Verantwortung, in der Zeit vom 11. bis 25. Juni 1922 auf dem vorjährigen Ausstellungsgelände die Zweite Internationale Landwirtschafts- und Industrie-Ausstellung mit den Rechten einer Muttermesse zu veranstalten.

Schiffsnachrichten. Abgegangen von der Generalkonferenz N. S. Diende, Reise- und Expeditionsbureau, Dresden, Wörsingstraße 1.) Dampfer 'Benacua' am 1. März von Gristof abgefahren. Dampfer 'Van Hensel' am 2. März von Caracas abgefahren. Dampfer 'Zingolant' am 2. März von Amsterdam abgefahren. Dampfer 'Tranie' am 3. März von Neuport abgefahren. Dampfer 'Prins' am 3. März von Rotterdam abgefahren. Dampfer 'Jelanda' am 3. März von Las Palmas abgefahren. Dampfer 'Prifa' am 4. März von Santander abgefahren.

Wechselkurse im Freiverkehr am 10. März bis abends 6 Uhr.

Table with exchange rates for various currencies: Goldmark (100 Gulden) 9700, Dänemark (100 Kronen) 1900, Amerika (1 Dollar) 257, etc.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 10. März.

Table with stock market data for Dresden: Aktien, Obligationen, Wechsel, etc. Columns include company names and prices.

Leipziger Kurse vom 10. März.

Table with stock market data for Leipzig: Aktien, Obligationen, Wechsel, etc. Columns include company names and prices.

Dresdner Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 50 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Wilhelm Richter in Dresden; die Firma 'Deutscher Film- und Photo-Vertrieb' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Wilhelm Leo in Riederberg; die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Ernst Richter in Dresden; die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Ernst Richter in Dresden.

Konkurs. Rahmabrechnungen u. m. Offene Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 50 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Wilhelm Richter in Dresden; die Firma 'Deutscher Film- und Photo-Vertrieb' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Wilhelm Leo in Riederberg; die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Ernst Richter in Dresden; die Firma 'H. A. Richter & Co.' in Dresden, das Stammkapital 20 000 M. betragt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Ernst Richter in Dresden.

Berliner Kurse vom 10. März 1922.

Large table of Berlin stock market data. Columns include 'Deutsche Staats- u. Stadtanl.', 'Transportwerte', 'Brauerei-Aktionen', 'Kolonialwerte', 'Bank-Aktionen', 'Industrie-Aktionen', 'Waldhütte', 'Vorkaufsfabrik', etc. Each column lists company names and their corresponding stock prices.

120 Seite 3

